



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Vom Reformmodell zur modernen Universität

Rimbach, Gerhard

Düsseldorf, 1992

5.2 Geplante Studienplätze und Realität

urn:nbn:de:hbz:466:1-8287

und Prüfungsordnungen sowie der Methodik und Organisation von Lehre und Studium"²⁵ umfassen sollten, konnte der Minister für Wissenschaft und Forschung für verbindlich erklären. Da diese Empfehlungen sich außerdem auf Studiendauer, Leistungsnachweise, Studienaufbau, Anrechnung von Studienzeiten und Anerkennung von Prüfungsleistungen erstrecken sollten, und die Kommissionen ihre Aufgabenzuweisung vom Minister ebenso erhielten wie ihre Ernennung, war die Gestaltungsmöglichkeit durch Hochschulgremien auf Marginales begrenzt. Ihnen blieb der Nachvollzug einer auferlegten Studienreform (vgl. Dokument 3).²⁶

Diese Verfahrensweise, die die Studienreform vereinheitlichen und beschleunigen sollte, löste jedoch bei den Hochschulmitgliedern zwangsläufig ein abwartendes Verhalten aus. Skepsis und Resignation aufgrund dieser Fremdbestimmung breiteten sich aus. Wer wenig oder gar kein Interesse an Veränderungen hatte, dem fiel nunmehr ein Alibi für seine Einstellung zu. In ähnlicher Weise wirkten die ebenfalls im Gesetz vorgesehenen hochschuldidaktischen Zentren, die zwar nur beratend und unterstützend tätig werden sollten, aber einen umfassenden Aufgabenkatalog zugewiesen bekamen.²⁷ Sie sollten die "zuständigen Gremien in Fragen der Lehr- und Lernmethodik sowie der Entwicklung und Verbesserung von Lehr- und Lernzielen, ... insbesondere bei der Erarbeitung neuer Studienordnungen, Studienpläne und Prüfungsordnungen"²⁸ unterstützen und beraten. Diese doppelte Verlagerung auf Experten in den Studienreformkommissionen und hochschuldidaktischen Zentren, sahen die Angehörigen der Lehrkörper als Mißtrauen gegenüber ihrer Kompetenz und ihrer Reformbereitschaft an. Die dadurch ausgelöste ablehnende Reaktion konnte sich auf das weit verbreitete Vorurteil stützen, ein wissenschaftlich kompetenter Professor sei automatisch ein hervorragender Lehrer, der keines fremden Rates bedürfe.

5.2 Geplante Studienplätze und Realität

Die im Laufe des Jahres 1970 erfolgte Umorientierung in der Hochschulpolitik in NRW von der Konzentration auf bestehende Hochschulorte zur flächendeckenden Konzeption, von der Metropolisierung zur Regionalisierung sowie von Universitäten mit erziehungswissenschaftlichem Schwerpunkt zu Integrierten Gesamthochschulen mit den Standorten Duisburg, Essen, Paderborn, Siegen und Wuppertal zeichnete sich in dem seit August 1969 laufenden Forschungsprojekt der Arbeitsgruppe Standortforschung der Technischen Universität Hannover ab, die zuerst nur den Fachhochschulbereich des Landes NRW untersuchte, aber seit Oktober 1970 für den gesamten Hochschulbereich Standort- und Kapazitätsplanungsalternativen bearbeitete.²⁹ Der Arbeitsschwerpunkt war die Ermittlung der zukünftigen Nachfrage nach Studienplätzen (Studienanfänger pro Jahr) an einzelnen Hochschulen. Im Dialog mit dem

²⁵ Gesetz über die Errichtung und Entwicklung von Gesamthochschulen im Lande Nordrhein-Westfalen Gesamthochschulentwicklungsgesetz -GHEG)- SGV.NW 223 - vom 30. Mai 1972, § 2 (1) in Verbindung mit § 4.

²⁶ Ebd., § 2 (2) und § 3 (2) in Verbindung mit den Begründungen zum Regierungs-Entwurf.

²⁷ Vgl. Der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen: Hochschulpolitik ..., a.a.O., S. 16 f.

²⁸ § 6, GHEG.

²⁹ Arbeitsgruppe Standortforschung: Grundlagen für die Standortforschung und Kapazitätsplanung zukünftiger Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen, Manuskript Nr. 31, Hannover, im Oktober 1971.

Minister für Wissenschaft und Forschung wurden mehrere Modellvarianten geprüft, die der Landesregierung bei der Entscheidung im April 1971 für die Errichtung der fünf Integrierten Gesamthochschulen bereits vorlagen.³⁰

Die schon damals bekannte Neigung der Studierenden, die dem Heimatwohnsitz nahegelegene Hochschule als Studienort zu wählen, hatte zur Konsequenz, ein einseitiges Fächerangebot zu vermeiden, da es die Studienwünsche verzerrt.³¹ Deshalb sollten alle Neugründungen in den fünf Hauptstudienbereichen zumindest jeweils einige Studiengänge anbieten, nämlich:

- "Sprach- und Kulturwissenschaften
- Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
- Medizin
- Mathematik und Naturwissenschaften
- Ingenieurwissenschaften."³²

Ein differenziertes, variables Studienangebot war aber auch wegen der anderen wesentlichen Ziele erforderlich:

- "Entwicklung neuartiger, das heißt integrierter und kombinatorischer Studiengänge, weil die Vorbereitung auf die berufliche Tätigkeit in weitgespannten Tätigkeitsfeldern die Integration von Praxis und deren Einübung im Studium ebenso erfordert wie die gleichrangige Wissenschaftlichkeit aller Studiengänge, auch wenn sie sich nach Inhalt, Dauer und Abschluß unterscheiden.
- Offenheit der Hochschule, weil die Veränderung des bisherigen Verhältnisses von Hochschule und Gesellschaft zur Gestaltung einer neuen Beziehung von theoretisch durchdringender Praxis und praxisbezogener Theorie führt und ihren Ausdruck findet in differenzierten Zugangsvoraussetzungen einer einheitlich organisierten Hochschule, in vertikaler und horizontaler Durchlässigkeit differenzierter Studiengänge und in der Übernahme von Aus- und Fortbildungsaufgaben, die bisher im außeruniversitären Bereich wahrgenommen wurden (zum Beispiel Aufbau- und Kontaktstudium, Erwachsenenbildung, Studium im Medienverbund).
- Interdisziplinäres Arbeiten in Lehre, Forschung und Studium, weil nur so integrierte Studiengänge entwickelt und entsprechende komplexe Forschungsprojekte bearbeitet werden können."³³

"Die Forderung nach kompakten Studieneinheiten, nach problemorientierter Forschung und Projektstudium, nach Konzeption des forschenden Lernens, das heißt der Mitwirkung von Studenten in der Forschung, werden ständig neue Gruppierungen der Wissenschaftsdisziplinen und ständig neue Entscheidungen jedes Studenten über seinen Studienweg erfordern"³⁴, diese Flexibilität, die die ständige Neuorganisation der "Fachbereiche als Gruppierungen von Wissenschaftsdisziplinen oder als Kennzeichnung von Studienfeldern"³⁵ erforderlich mache, wurde

³⁰ Ebd., S. 4.

³¹ Ebd., S. 5.

³² Ebd., S. 8. Diese Forderung wurde, mit Ausnahme der Medizin, die nur in Essen bereits vorhanden war, überall erfüllt.

³³ Ebd.

³⁴ Ebd., S. 9.

³⁵ Ebd.

jedoch in der späteren Praxis nicht erreicht. Beharrungsvermögen und Immobilismus ließen Interdisziplinarität und neue Lehrformen nur in sehr begrenztem Maße zu.

Ein Gegensatz zwischen dem Arbeitskräftebedarf und der Nachfrage nach Studienplätzen wird in der Studie nicht thematisiert: "Die Studiengänge bestimmen die Chancen des sozialen und wirtschaftlichen Aufstiegs des einzelnen. Mit ihnen können gesellschaftliche Innovationen in der Region vorbereitet und gefördert sowie aktuelle Qualifikationsanforderungen des regionalen Arbeitsmarktes erfüllt werden."³⁶ Ein breites und differenziertes Studienangebot sei hinreichend flexibel, um den Individualwünschen zu entsprechen und die Absolventen für unterschiedliche Anforderungsprofile zu qualifizieren. An die Stelle der Auffassung, ein längerfristig vorhersehbarer Qualifikationsbedarf des Arbeitsmarktes müsse vom Ausbildungssystem erfüllt werden, tritt eine Angleichung durch beiderseitige Flexibilität.

Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, daß in einer ersten Phase (1973-1977) Gesamthochschulen an den drei nachfragestärksten Orten Duisburg, Essen und Wuppertal entstehen sollten, während in Paderborn und Siegen zwar gleichzeitig wissenschaftliche Studienplätze vorzusehen seien, die endgültige Gründung der beiden Gesamthochschulen wäre aber erst in einer zweiten Phase (1978-82) erforderlich. Diese abgestufte Empfehlung (die außerdem noch weitere Standorte einschloß, in denen aber keine Gesamthochschulen errichtet wurden)³⁷, spiegelt sich noch in den anfänglichen Aussagen des Ministers für Wissenschaft und Forschung wider, ehe die mutige Entscheidung für die gleichzeitige Errichtung von fünf Gesamthochschulen schon zum 1. August 1972 gefällt wurde.

³⁶ Ebd.

³⁷ Ebd., S. 67.

Interessant ist noch die Prognose der Studienanfängerzahlen für die fünf Standorte (vgl. Tabelle 1), gegliedert nach "Hochschulbereichen" für die Jahre 1976, 1980 und 1984.³⁸

	1976	1980	1984
Duisburg			
WiHo ³⁹	2200	2600	2500-2600
FHS	950	1300	1300-1300
GHS	3150	3900	3800-3900
Essen			
WiHo	3200	3800	3400-3900
FHS	1600	2200	2200-2200
GHS	4800	6000	5600-6100
Wuppertal			
WiHo	2100	2600	2400-2700
FHS	1100	1500	1600-1600
GHS	3200	4100	4000-4300
Paderborn			
WiHo	1100	1300	1300-1400
FHS	750	1000	900- 900
GHS	1850	2300	2100-2300
Siegen ⁴⁰			
WiHo	750	950	900-1000
FHS	500	700	700- 700
GHS	1250	1650	1600-1700

Tabelle 1: Prognostizierte jährliche Studienanfängerzahlen für die fünf Gesamthochschulen

Die prognostizierten Studienanfängerzahlen - auch wenn eine gewisse Abweichung in der Realität zu erwarten war - untermauerten die Berechtigung der fünf Gründungen. Auf dieser Kapazitätsschätzung aufbauend legte die Landesregierung dem Landtag im Oktober 1971 ihre Hochschulplanung in Nordrhein-Westfalen vor.⁴¹ Darin lehnte sie es ausdrücklich ab, eine das

³⁸ Ebd., S. 57 f.

³⁹ Eindeutiger müßte es heißen: Studienanfänger mit allgemeiner Hochschulreife (statt WiHo) bzw. mit Fachhochschulreife (statt FHS).

⁴⁰ Wegen der Nähe der Stadt Siegen zum Dreiländereck prognostiziert die Arbeitsgruppe eine Erhöhung der Studienanfängerzahlen durch Zuwanderung aus Rheinland-Pfalz und Hessen um 440 für 1976 und um 560 für 1980. Vgl. Arbeitsgruppe Standortforschung, ebd., S. 63.

⁴¹ Landtag Nordrhein-Westfalen, 7. Wahlperiode: Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 3 der Fraktion der CDU, Drucksache 7/1162 vom 19.10.71.

"technologische Minimum" übersteigende Qualifikation als "Überqualifikation" zu bezeichnen, und stellte dem den bereits in anderem Zusammenhang zitierten anspruchsvollen Satz: "Ein Bildungssystem, das aus ökonomischem Anspruch die Bildungsmöglichkeiten beschneidet, ist unmenschlich"⁴² entgegen. Sie bekennt sich dazu, die Prognose der Gesamtnachfrage nach Studienplätzen aus den vorhandenen Schülerzahlen zu errechnen, dann allerdings bei der Aufteilung auf die Studienfächer orientiert sie sich am Bedarf, ohne präzise Begründung.⁴³ Ohne Medizin sollte eine Hochschule eine minimale Größe von 10.000 Studierenden erreichen⁴⁴ und jeweils 2400 in den vier Fächergruppen der Geistes-, Gesellschafts-, Natur- und Ingenieurwissenschaften. Für die fünf Gesamthochschulen wurden Zieldaten (Eckdaten) für die Verteilung der Studierenden auf Fachrichtungen, ohne Berücksichtigung der Verflechtung der Fächer und von Veränderungen durch die Studienreform angegeben,⁴⁵ die unter I in der Tabelle 2 aufgeführt sind.

	Duisburg		Essen		Paderborn		Siegen		Wuppertal	
	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II
<u>Geisteswiss.</u>										
insg.	2100	2450	3900	3200	1300	1300	1800	2125	2500	2650
lang	600	950	900	500	600	600	600	825	700	700
kurz	1500	1500	3000	2700	700	700	1200	1300	1800	1950
<u>Gesellschaftswiss.</u>										
insg.	2400	1700	1400	1700	1200	1100	1400	1650	1200	1250
lang	1600	1100	600	600	600	550	600	600	600	500
kurz	800	600	800	1100	600	550	800	1050	600	750
<u>Naturwiss.</u>										
insg.	2400	1300	1500	1800	1600	1800	1800	1475	1800	1800
lang	1600	700	400	700	1200	800	1200	975	1200	1200
kurz	800	600	1100	1100	400	1000	600	500	600	600
<u>Ingenieurwiss.</u>										
insg.	3100	1650	2600	2400	1900	3200	3000	2950	3000	2900
lang	1200	900	900	700	600	600	1000	950	900	750
kurz	1900	750	1700	1700	1300	2600	2000	2000	2100	2150
<u>Studienplätze</u>										
insg.	10000	7100	9400	9100	6000	7400	8000	8200	8500	8600
lang	5000	3650	2800	2500	3000	2530	3400	3350	3400	3150
kurz	5000	3450	6600	6600	3000	4850	4600	4850	5100	5450

Tabelle 2: Studienplätze für das Jahr 1980 (ohne Medizin) geplant in den Jahren 1971 (I)⁴⁶ und 1979 (II)⁴⁷

⁴² Ebd., S. 10.

⁴³ Ebd., S. 10 ff.

⁴⁴ Ebd., S. 18.

⁴⁵ Ebd., S. 46.

⁴⁶ Drucksache 7/1162, Anlage 36, S. 2.

⁴⁷ Der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen: Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen, 6.A., Düsseldorf, August 1979, S. 78 f.

Eine Gegenüberstellung der für 1980 prognostizierten Studienanfängerzahlen⁴⁸ (Tabelle 1) mit den an den fünf Gesamthochschulstandorten für das gleiche Jahr geplanten (Tabelle 2) und realisierten Studienplätzen⁴⁹ führt zu folgenden Ergebnissen:

1. An den fünf Gesamthochschulen sollten überwiegend Kurzstudienplätze (57%) entstehen, und zwar in einer nicht begründeten Schwankungsbreite zwischen 50% (Duisburg u. Paderborn) und 66% (Essen).
2. Die Kurzstudiengänge wurden mit einer unrealistischen Verweildauer von 2-3 Jahren angesetzt, wodurch rechnerisch eine überhöhte jährliche Aufnahmequote entstand.
3. Selbst wenn von den mittleren, zu gering angesetzten Verweildauern (2,5 bzw. 5 Jahre) und der geplanten Verteilung auf Kurz- und Langzeitstudiengänge ausgegangen wird, reicht mit Ausnahme des Standortes Siegen die geplante Aufnahmekapazität nur zu 55,3% (Essen) bis 78,2% (Paderborn) aus, d.h. eine Überlast war von vornherein eingeplant.
4. Legt man eine realistische Verteilung auf die Kurz- und Langstudiengänge sowie die damals im Durchschnitt um etwa ein Jahr längere tatsächliche Studiendauer zugrunde, so erhöht sich die geplante Überlastquote erheblich.
5. Zwar wurden durch die fünf neuen Gesamthochschulen weitere Studienplätze geschaffen, aber wenn dadurch eine Chancenverbesserung eintreten sollte, durften nicht bei einer prognostizierten Studienanfängerquote von 62,5% mit allgemeiner Hochschulreife nur 27,2% der Aufnahmequote für Langzeitstudenten (jährlich 3640 von 13.360) vorgesehen werden, denn abgesehen von dem Lehramt für Grund- und Hauptschulen, das zu den Kurzstudiengängen gehört, hätte dann noch etwa jeder zweite Abiturient in ein Kurzstudium abgedrängt werden müssen, abgesehen von Studierenden mit Fachhochschulreife, die ein Langzeitstudium wählen würden. Oder anders: Die geplante Verteilung von nahezu 3:1 zwischen Kurz- und Langzeitstudenten wäre nur durch Zwangsmaßnahmen erreichbar gewesen. Sie entsprach zu keinem Zeitpunkt den Studienwünschen.
6. Die unrealistische Planung gab eine überhöhte Studienplatzzahl vor, die wegen der tatsächlichen, vorhersehbaren Verteilung auf Lang- und Kurzstudiengänge und bei Berücksichtigung realistischer Studienzeiten zwangsläufig zu einer räumlichen Überlastung der Hochschulen führen mußte.
7. Anstelle der für 1980 geplanten 41.900 Studienplätze waren am Ende des Jahres 1981 tatsächlich 32.430⁵⁰ (77,4%) vorhanden, wobei das größte Defizit durch Bauverzögerung in Duisburg auftrat, wo mit 4527 noch nicht einmal die Hälfte der geplanten 10.000 Studienplätze fertiggestellt war.
8. Die Arbeitsgruppe Hochschule hat die Zahl der Studienanfänger für 1980 (18.510) erheblich überschätzt. Möglicherweise hat sich dabei die Negativpropaganda gegen die Gesamthochschulen ausgewirkt und zu anderer Studienortwahl geführt. Die tatsächliche Studienanfängerzahl betrug im WS 1981/82 8621; wozu allerdings noch die Zahl des

⁴⁸ Vgl. Arbeitsgruppe Standortforschung, S. 57 f.

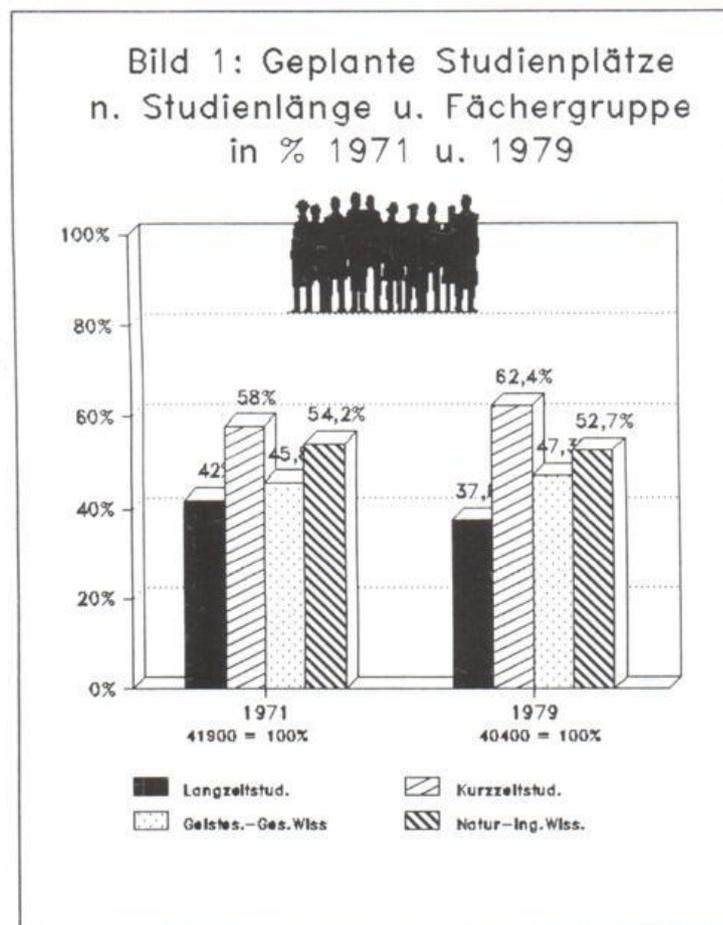
⁴⁹ Vgl. Landtagsdrucksache 7/1162 und Der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen: 10 Jahre Gesamthochschulen Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Dezember 1982.

⁵⁰ 10 Jahre Gesamthochschulen Nordrhein-Westfalen, S. 38.

folgenden Sommersemesters hinzukommt, die aber wegen des Jahreszyklus bei den meisten Studiengängen relativ gering war (etwa 10% des WS).

9. Den vorhandenen Studienplätzen von 32.430 standen im WS 1981/82 bereits 50.551 Studenten gegenüber, was einer Belegungsquote von 155,9% entsprach.
10. In den ersten Jahren überwogen entgegen der Prognose (vgl. Tabelle 1) eindeutig die Studienanfänger mit Fachhochschulreife, ein Beweis dafür, daß die Abiturienten in dieser Zeit durch Negativpropaganda abgeschreckt wurden.

Beim Vergleich der Planung der Studienplätze für 1980 vor Errichtung der Gesamthochschulen (1971) und nachdem alle Studiengänge im allgemeinen mindestens fünf Jahre liefen (1979; vgl. Tabelle 2), fällt die relative Starrheit der Planungsdaten auf. Die Gesamtzahl der Studienplätze wurde um 1500 vermindert, wobei einer (vorübergehenden) drastischen Verringerung um 2900 in Duisburg eine erhebliche Vermehrung um 1400 in Paderborn und geringfügige Veränderungen an den übrigen drei Orten gegenüberstehen. Das sich abzeichnende Auseinanderklaffen zwischen den Studentenzahlen, Essen hatte z.B. im WS 1978/79 bereits 12.526 Studierende, und den Planungen (für Essen 9100 für 1980) führte also zu keiner angemessenen Korrektur.



Entgegen dem klar erkennbaren Trend wurde die Zahl der Langstudienplätze von 42,0% auf 37,6% zugunsten der Kurzstudienplätze vermindert, vermutlich weil auf diese Weise optisch eine größere Studienplatzzahl mit geringerem finanziellen Aufwand hergestellt werden konnte (vgl. Bild 1). Tatsächlich befand⁵¹ sich um 1980 schon mehr als die Hälfte der Studierenden in einem Langzeitstudiengang. Die Reduzierung der Studienplätze wurde aus dem gleichen Grunde ebenfalls entgegen dem Trend fast ausschließlich bei den "teueren" natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studienplätzen (1425) vorgenommen (vgl. Tabelle 3).

	1971	1979
insgesamt	41.900	40.400
Langzeitstudium	17.600	15.000
Kurzzeitstudium	24.300	25.200
Geistes- u. Gesellschaftswissenschaften	19.200	19.125
Natur- u. Ingenieurwissenschaften	22.700	21.275

Tabelle 3: Vergleich der geplanten Gesamtzahl der Studienplätze in den Jahren 1971 und 1979 (weil ein Langzeitstudent seinen Studienplatz länger als ein Kurzzeitstudent in Anspruch nimmt, verschieben sich die Prozentzahlen bei den Studienanfängern dadurch zusätzlich gegenüber der Zahl der Studienplätze zu Ungunsten des Langzeitstudiums, was leicht übersehen wird).

5.3 Aktivitäten an den fünf Standorten

Am 15. Dez. 1969 richtete die Stadt Wuppertal an den Ministerpräsidenten des Landes NRW ein Schreiben,⁵² in dem sie ihre Besorgnis zu der einen Monat vorher unterbreiteten Hochschulkonzeption ausdrückte. Sie sah mit der geplanten Errichtung der "Rhein-Universität" mit den drei Standorten Duisburg, Düsseldorf und Wuppertal die Interessen ihrer Region an der Weiterentwicklung des Tertiären Sektors nicht ausreichend berücksichtigt und schlug die Errichtung einer "Bergischen Universität" in Wuppertal vor. Der Bergische Raum mit 1 1/2 Mio. Einwohnern und den zahlreich vorhandenen wissenschaftlichen Einrichtungen böte fundierte Ansatzpunkte für eine Volluniversität, aus der später unter Einschluß des zukünftigen Fachhochschulbereichs eine Gesamthochschule entstehen könne. Eher vagen Vorstellungen über die Struktur folgte mit dem Standort Griffenberg ein präzises Standortangebot in unmittelbarer Nähe zur Elberfelder City.

Nachdem im Dezember 1970 der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW sich für Wuppertal als Sitz von eigenständigen Hochschuleinrichtungen aussprach, reagierte der Rat mit einem einstimmigen Beschluß vom 15. Febr. 1971 für eine Bergische Gesamthochschule und beauftragte die Stadtverwaltung, das Hochschulgelände Griffenberg

⁵¹ Ebd., S. 36 f. Aus den dort stehenden Angaben der Verteilung auf die einzelnen Studiengänge im WS 1981/82 und die angestrebten Abschlußprüfungen ergibt sich ein Prozentsatz von 54,4% für Langzeitstudiengänge.

⁵² Schreiben der Stadt Wuppertal vom 15.12.1969 mit dem Betreff: Gründung einer Bergischen Universität in Wuppertal an den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen Heinz Kühn mit Anlagematerial (Wissenschaftliche Einrichtungen, Fachhochschuleinrichtungen, Karten und Statistiken), Wuppertal o.J. (1969), S. 1 ff.